Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

30. Juni 2015

Nr. 2015-439 R-720-11 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zur Änderung der kantonalen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt

A. Zusammenfassung

Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt führt die Gesetzgebung des Bunds über die Binnenschifffahrt auf den Gewässern des Kantons Uri näher aus. Zahlreiche Änderungen auf Bundesebene, z. B. die Liberalisierung des Kitesurfens oder verschiedene Änderungen von Begriffen und Definitionen führten zu einem Anpassungsbedarf auf kantonaler Ebene. Gleichzeitig wird die Änderung zum Anlass genommen, weitere kleinere, seit der letzten Revision im Jahr 2007 nötig gewordenen Anpassungen vorzunehmen.

B. Ausgangslage

Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt führt die Gesetzgebung des Bunds über die Binnenschifffahrt auf den Gewässern des Kantons Uri näher aus und regelt dabei die Schifffahrt im Kanton Uri, soweit nicht Bundesrecht Anwendung findet.

Der Bundesrat hat am 15. Januar 2014 die Änderung der Binnenschifffahrtsverordnung (BSV; SR 747.201.1) beschlossen. Die Schwerpunkte dieser Änderungen lagen in drei Bereichen. Erstens wurden die Blutalkoholgrenzwerte bezüglich der Fahrunfähigkeit festgelegt. Zweitens wurde mit der Zulassung von Radar- und Satnav-Geräten als Navigationsinstrumente und den damit verbundenen Zulassungsbestimmungen ein Auslaufen entsprechend ausgerüsteter Schiffe auch bei unsichtigem Wetter möglich gemacht. Drittens wurde das im Jahr 2001 eingeführte Verbot des Kitesurfens ausserhalb behördlich bewilligten Wasserflächen aufgehoben, nachdem eine entsprechende Motion von den eidgenössischen Räten 2012 überwiesen worden war. Die Revision wurde schliesslich

auch benützt, um zusätzlich einzelne Vorschriften an die Erfordernisse eines korrekten Vollzugs anzupassen. Die Inkraftsetzung der revidierten BSV hat auch Auswirkungen auf die Regelung der Schifffahrt im Kanton Uri, was zum Anlass genommen wird, die kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Schifffahrt (RB 50.2111) zu revidieren.

Im Vergleich zur heute geltenden Vollziehungsverordnung wurden insbesondere folgende Regelungsbereiche geändert respektive ergänzt:

- Festlegung von Rahmenbedingungen für das Drachensegeln ("Kitesurfen"). Mit der Inkraftsetzung der geänderten Verordnung über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (Binnenschifffahrtsverordnung [BSV]; SR 747.201.1) wird das Kitesurfen auf Schweizer Gewässern liberalisiert. Damit dürfen Kitesurfer ihren Sport künftig auf allen Gewässern betreiben, ausser ein Kanton erlässt ein Kitesurf-Verbot. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen soll Kitesurfen im Kanton Uri nicht generell verboten, sondern auf einer gegenüber der bisherigen Zone erweiterten Fläche des Urnersees erlaubt werden. Der neu aufgenommene Artikel 10c legt die Rahmenbedingungen für das Kitesurfen in dieser Zone fest.
- Verzicht auf den Begriff "Schiffsinspektorat": Das Schiffsinspektorat wird aktuell in Artikel 5 geregelt. Demnach ist das Schiffsinspektorat als Abteilung der kantonalen Motorfahrzeugkontrolle zu führen. Der Schiffsinspektor und dessen Stellvertreter werden bisher vom Regierungsrat bezeichnet.

Diese Sonderstellung des Schiffsinspektorats - vergleichbar mit derjenigen des damaligen Eichamts - ist jedoch veraltet. Für das Schiffsinspektorat wird heute innerhalb des Amts für Strassen- und Schiffsverkehr keine eigene Abteilung geführt. Schifffahrtsbelange werden heute von speziell für diese Tätigkeit weitergebildeten Mitarbeitenden der Abteilung Technik behandelt. So nehmen diese Personen beispielsweise Schiffsprüfungen ab, kontrollieren Schiffe auf ihre Fahrtauglichkeit oder erstellen Berichte zum Schifffahrtswesen. In der Hauptsache sind sie jedoch als Verkehrsexperten für Fahrzeugbelange angestellt. Diesem Umstand soll deshalb Rechnung getragen werden, indem auf den Begriff "Schiffsinspektorat" sowohl aus Titel wie auch als Organisationsform verzichtet wird. Anstelle des Schiffsinspektorats ist das Amt für Strassen- und Schiffsverkehr als für Schifffahrtsbelange zuständige Organisationseinheit zu bezeichnen. Dies bedingt die begriffliche Änderung in verschiedenen Artikeln. Betroffen davon sind Artikel 5 (inklusive Titel), Artikel 9 Absatz 2, Artikel 19 Absatz 2, Artikel 23 und Artikel 25 kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Schifffahrt.

Im gleichen Zug wird die Gelegenheit benützt, weitere kleinere, seit der letzten Revision im Jahr 2007 nötig gewordene Anpassungen, vorzunehmen. Insgesamt werden mit der vorliegenden Teilrevision mehr als die Hälfte der Artikel geändert, was gemäss Praxis grundsätzlich für eine Totalrevision sprechen würde. Da in zahlreichen Artikeln jedoch nur Begriffe angepasst respektive geändert werden und damit der Inhalt nicht verändert wird, wird der Weg einer Teilrevision begangen.

C. Vernehmlassung

Die Vernehmlassung wurde vom 1. April 2015 bis 15. Juni 2015 durchgeführt. Die insgesamt 17 (von 26 Angeschriebenen) erhaltenen Rückmeldungen äusserten sich grundsätzlich positiv zur vorgeschlagenen Änderung. Sie haben aber zu einzelnen Bestimmungen wertvolle Anregungen gemacht, die, soweit sie zweckdienlich schienen, übernommen wurden. Inhaltlich kritisiert wurden vor allem die folgenden Sachbereiche:

- Die bisherige Formulierung von Artikel 8 Absatz 1 enthält die Anforderungen an Standplätze, die für das dauerhafte Einstellen oder Anlegen von Schiffen dienen. Ziffer 4 umschreibt die Lagerung von Schiffen auf Binnengrundstücken näher. Mit der Änderung der Vollziehungsverordnung wollte der Regierungsrat die Anzahl der auf Binnengrundstücken gelagerten Schiffe auf neu maximal zwei beschränken. Damit verfolgte der Regierungsrat das Ziel, insgesamt die Anzahl der zugelassenen Schiffe auf dem Vierwaldstättersee zu beschränken. Gleichzeitig sollte eine Bestimmung geschaffen werden (neue Ziffer 5), die mehrere zusammenhängende ungedeckte Trockenplätze zulässt, wenn sie einem Bootshafen unmittelbar angegliedert sind (neu Art. 8 Abs. 1 Ziffer 5).

Es hat sich aber im Vernehmlassungsverfahren gezeigt, dass die vom Regierungsrat geäusserten Bedenken von zu viel Schiffen auf dem Vierwaldstättersee nicht geteilt werden. Deshalb verzichtet er auf die vorgeschlagene Änderung.

- Aufgrund von verschiedenen, von diversen Vernehmlassungsadressaten geäusserten Bedenken wurde auf die Aufnahme von Bestimmungen zur Schleppangelfischerei, die Längsfahrten zukünftig innerhalb der inneren Uferzone gestatten hätten, verzichtet.
- Weiter wurde nach dem Vernehmlassungsverfahren auf die Aufnahme folgender neuer Bestimmungen verzichtet, da diese bis dato zu keinen nennenswerten Problemen

geführt haben und deshalb nicht ohne Not eine gesetzliche Bestimmung dafür geschaffen werden soll:

- Bestimmungen zu Ein- und Auswässerung von kleineren Schiffen wie Segeljollen, Ruderboote und dergleichen.
- Aufnahme von Bestimmungen über das Betreiben von Modellschiffen auf Gewässern.

D. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Die Änderung der kantonalen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt hat weder personelle noch finanzielle Auswirkungen. Die Übernahme der Seerettung von den Gemeinden durch das Amt für Kantonspolizei führt zu keinem Mehraufwand gegenüber der heutigen Situation, da die Seepolizei als Teilbereich des Amts für Kantonspolizei diese Aufgabe de facto bereits heute erfüllt. Soweit absehbar, führt auch die Kontrolle des Kitesurf-Verbots ausserhalb der bewilligten Zone auf dem Urnersee zu keinem personellen oder finanziellen Mehraufwand, da diese Kontrolle im Rahmen der polizeilichen Grundversorgung durch die Kantonspolizei erbracht werden kann.

E. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

1. Allgemeines

Änderung von Begriffen

Seit der letzten Änderung der kantonalen Vollziehungsverordnung im Jahr 2007 haben sich verschiedene Begriffe in der Binnenschifffahrtsgesetzgebung geändert. So wurde beispielsweise der Begriff "Immatrikulationspflicht" durch "Kennzeichnungspflicht" ersetzt. Davon betroffen sind Artikel 2 Absatz 2 und 3, Artikel 7 Absatz 1 und 2 und Artikel 9 Absatz 1 und 2 der Vollziehungsverordnung.

Auch spricht man nicht mehr von "Kontrollschildern", über die ein auf dem Urnersee eingesetztes Schiff verfügen muss, sondern von "Kennzeichen" (Änderung von Art. 23 kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Schifffahrt) und für den gewerbsmässigen Betrieb einer Schiffsvermietung ist begrifflich keine Haftpflicht, sondern eine Betriebshaftpflicht notwendig (Änderung von Art. 12 Abs. 2 Ziffer 3), was inhaltlich jedoch keine Änderung bedeutet.

Weiter wurde Artikel 3 Absatz 2 Ziffer 7 kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Schifffahrt angepasst. Diese Bestimmung ermächtigt den Regierungsrat, Startgassen und Wasserflächen für das *Wasserskifahren* zu bewilligen. Die übergeordnete Gesetzgebung des Bunds spricht in diesem Zusammenhang nicht mehr nur von Wasserskifahren, sondern von *Wakesurfen sowie Fahren mit Wasserski oder ähnlichen Geräten*. Diese Anpassung soll mit der vorliegenden Änderung ebenfalls übernommen werden.

2. Zu den einzelnen Artikeln

Ingress

Anpassung der Verweise auf die geänderte, übergeordnete Gesetzgebung.

Artikel 2 Schiffbare Gewässer

Änderung des Begriffs "immatrulationspflichtig" durch "kennzeichnungspflichtig".

Artikel 3 Absatz 2 Ziffer 7

Änderung des Begriffs "Wasserskifahren" durch "Wakesurfen sowie Fahren mit Wasserski oder ähnlichen Geräten" in Übereinstimmung mit der geänderten, übergeordneten Gesetzgebung des Bunds.

Artikel 4 Absatz 2

In der bisherigen Fassung des Artikels 4 Absatz 2 lagen unter anderem folgende Kompetenzen bei der Sicherheitsdirektion:

- festgefahrene, gesunkene oder betriebsuntaugliche Schiffe oder andere Gegenstände zu entfernen;
- Einzelpersonen oder Organisationen zu ermächtigen, die praktische Schiffsführerprüfung für Segelschiffe abzunehmen;
- Versuchsfahrten und nautische Veranstaltungen zu bewilligen;
- Bewilligungen im Zusammenhang mit gewerbsmässigen Schiffsbetrieben zu erteilen, zu verweigern und zu entziehen;
- die amtliche Verwahrung anzuordnen und durchzuführen.

Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass es der Sache dienlicher wäre, diese Aufgaben auf Amtsstufe zu delegieren. Die inhaltliche Vorbereitung dieser Geschäfte wird bereits heute im Amt für Strassen- und Schiffsverkehr getroffen, da dort auch das fachspezifische Wissen liegt. Mit einer Delegation auf Amtsstufe kann ein zusätzlicher administrativer Aufwand vermieden werden. Auch ist es dadurch schneller möglich, auf kurzfristige Änderungen zu reagieren, die beispielsweise bei der Bewilligung von nautischen Veranstaltungen notwendig werden, wenn sich das Wetter kurz vor der Veranstaltung ändert. Eine Anpassung von Artikel 4 Absatz 2 ist deshalb sinnvoll. Die vorgängig aufgeführten Kompetenzen werden deshalb neu unter Artikel 5 fallen (vgl. unten).

Weiter wurden die Verweise auf übergeordnetes Recht überprüft und wo notwendig angepasst.

Artikel 5 Zuständiges Amt

Entgegen dem bisherigen Artikel 5, der noch die Ernennung eines Schiffsinspektors und dessen Stellvertreter als verantwortliche Stelle für Schifffahrtsbelange vorsah, bezeichnet der neue Artikel 5 das Amt für Strassen- und Schiffsverkehr als Vollzugsbehörde der Binnenschifffahrtsgesetzgebung, sofern nicht das Bundesrecht oder ein kantonaler Gesetzeserlass etwas anderes bestimmt. Das Amt ist deshalb im Sinne einer Auffangnorm im Binnenschifffahrtsbereich überall dort zuständig, wo es keine anderslautende Regelung gibt. Es wird deshalb darauf verzichtet, einzelne Aufgaben des Amtes für Strassen- und Schiffsverkehr aufzuzählen.

Artikel 6 Seerettungsdienst

Gemäss dem heute geltenden Artikel 6 besorgen die Ufergemeinden den Seerettungsdienst. Sie können diese Aufgabe - gemeinsam oder einzeln - selbst lösen oder geeignete Organisationen damit beauftragen (Abs. 1). Der Kanton leistet an die ausgewiesenen und nicht einbringlichen Kosten des Seerettungsdiensts einen Beitrag. Dessen Höhe wird von der Regierung im Rahmen des Voranschlags bemessen (Abs. 2). Weiter ist gemäss Absatz 3 kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Schifffahrt heute verpflichtet beim Seerettungsdienst mitzuwirken, wer gewerbsmässig Schiffe vermietet.

Vom Seerettungsdienst zu unterscheiden sind die polizeilichen Kontrollen auf dem See, wie beispielsweise die Anhaltung und Identitätsfeststellung gemäss Artikel 13 Polizeigesetz (PolG; RB 3.8111) oder Tatbestandsaufnahmen oder Suchaktionen im Zusammenhang mit einer Straftat. Da das Gewaltmonopol grundsätzlich beim Staat liegt, können solche

hoheitlichen Handlungen von Gesetzes wegen nicht an private Dritte übertragen werden. Deshalb wird es immer das Amt für Kantonspolizei sein, das den polizeilichen Grundauftrag auf dem See zu erfüllen hat.

Die Ufergemeinden im Kanton Uri sind bis heute nicht in der Lage, einen geeigneten Rettungsdienst zu betreiben und aufrecht zu erhalten. Dazu fehlen ihnen ein geeignetes, sturmtaugliches Schiff mit entsprechender Rettungsausrüstung, geschulte Mitarbeitende und eine 24-Stunden-Alarmorganisation. Zwar besteht auf dem Papier noch der Seerettungsdienst Urnersee, dieser kontrolliert jedoch lediglich jährlich das Rettungsmaterial bei den öffentlichen Schiffsanlegestellen. Seit der Anschaffung des Polizei-Patrouillenboots im Jahr 1991 übernimmt die Seepolizei praktisch alle Seerettungseinsätze. Auch aufgrund ihres polizeilich, hoheitlichen Auftrags auf dem See verfügt das Amt für Kantonspolizei über zweckmässiges Material, entsprechend geschulter Mitarbeitenden sowie einer 24-Stunden-Alarmorganisation.

Es hat sich in der Vergangenheit bewährt, dass die Aufgabe der Seerettung und die Seepolizei durch die Kantonspolizei besorgt wird, weshalb mit einem neuen Artikel 6 die Zuständigkeit für den Seerettungsdienst grundsätzlich an das Amt für Kantonspolizei übertragen wird. Es sollte dem Kanton aber möglich sein, im Bereich der Seerettung Zusammenarbeitsverträge mit Dritten, beispielsweise mit dem Seerettungsdienst der Gemeinde Ingenbohl, einzugehen. Eine solche Zusammenarbeit könnte dann gemäss dem Konkordat über die Grundlagen der Polizeizusammenarbeit in der Zentralschweiz (Polizeikonkordat Zentralschweiz; RB 3.8317) geregelt werden.

Artikel 26 Absatz 2 Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG; SR 747.201) sieht vor, dass Kantone gewerbmässig Schiffsvermieter verpflichten können, Rettungsdienst zu leisten. Von dieser Möglichkeit macht der Kanton Uri bereits heute Gebrauch. Diese Regelung hat sich bewährt, weshalb auch in Zukunft daran festgehalten werden soll. Im Vernehmlassungsverfahren wurde noch verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Besorgung des Seerettungsdiensts auch Privaten übertragen werden soll. Da diese aber keine Gewähr für die Verfügbarkeit bieten, soll hierfür keine separate Möglichkeit geschaffen werden. Wie aber bereits ausgeführt, können sie am Seerettungsdienst mitwirken.

Artikel 7 Zahlenmässige Begrenzung

Änderung des Begriffs "immatrulationspflichtig" durch "kennzeichnungspflichtig".

Artikel 8 Absatz 2

Änderung des Begriffs "Schiffsinspektorat" durch "für den Schiffsverkehr zuständige Amt".

Artikel 9 Schiffe ohne Standplatz

Änderung des Begriffs "immatrulationspflichtige" durch "kennzeichnungspflichtige" (Abs. 1).
Änderung des Begriffs "Schiffsinspektorat" durch "für den Schiffsverkehr zuständige Amt" (Abs. 2).

Artikel 10a Drachensegeln

Der Bundesrat hat am 15. Januar 2014 die Änderung der BSV beschlossen. Teil dieser Änderung war die Aufhebung des Verbots für das Kitesurfen ausserhalb von bewilligten Bereichen auf Schweizer Seen ab dem 15. Februar 2016. Gemäss bisheriger Rechtslage ist Kitesurfen (gesetzestechisch vom Bund als "Drachensegeln" bezeichnet) ausserhalb behördlich bewilligter Wasserflächen verboten. Im Kanton Uri ist das Kitesurfen deshalb nur in einer speziell vom Regierungsrat dafür bezeichneten Zone auf dem Urnersee möglich. Mit der Änderung des BSV dürfen Kitesurfer ihren Sport künftig überall betreiben, ausser ein Kanton erlässt ein Kitesurf-Verbot.

Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 2014-413 R-720-14 hat der Regierungsrat die Sicherheitsdirektion beauftragt, auf dem Urnersee im Jahr 2015 einen Probetrieb auf einer von der bisherigen Zone erweiterten Fläche des Sees durchzuführen. Die vom Regierungsrat für den Probetrieb festgelegte Zone stellt einen guten Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen an der Nutzung des Sees dar. Erste Erfahrungen haben zudem gezeigt, dass das Kitesurfen in dieser Zone mit den bisherigen Nutzern (öffentliche und private Schifffahrt, Berufsfischerei, Freizeitsport wie z. B. Surfen) vereinbar ist. Die Zone wird in Absatz 1 Buchstabe d näher bezeichnet und ist südlich begrenzt durch die Linie Schiltegg (Koordinaten 688025/196700) zum Gruonbach (Koordinaten 690150/196750) und nördlich begrenzt im Bereich Rütli (Koordinaten 687875/202000) zur gegenüber liegenden Uferseite auf dem ernerischen Gebiet (Koordinaten 689460/202000). Weiter sollen - analog zum Surfersport - das Fahren mit Drachensegelbrettern auf dem ernerischen Teil des Vierwaldstättersees nur vom Februar bis November erlaubt sein (Abs. 1 lit. a) und das Kitesurfen analog Artikel 54 Absatz 1 BSV zeitlich zwischen 08.00 Uhr und 21.00 Uhr begrenzt werden (Abs. 1 lit. a).

Weiter soll das Fahren mit Drachensegelbrettern in der inneren Uferzone (0 bis 150 m) aus Sicherheitsüberlegungen grundsätzlich verboten sein, da die Wahrscheinlichkeit von Unfällen mit z. B. Badenden hier erhöht ist. Die innere Uferzone darf nur zum Starten und Landen befahren werden, wobei der kürzeste Weg zu wählen ist (Abs. 2), diese innere Uferzone zu durchqueren. Ebenso soll aus Sicherheitsüberlegungen auf dem offenen Gewässer gegenüber Kursschiffen jederzeit ein Abstand von 200 m gewahrt werden (Abs. 3).

Artikel 12 Absatz 2 Ziffer 4

Konkretisierung des Begriffs "Haftpflichtversicherung" durch neu "Betriebshaftpflichtversicherung" analog der übergeordneten Gesetzgebung des Bundes.

Artikel 19 Absatz 2

Änderung des Begriffs "Schiffsinspektorat" durch "für den Schiffsverkehr zuständige Amt".

Artikel 22 Rechtsgrundlage

Gemäss der heutigen Formulierung richten sich Gebühren, die im Zusammenhang mit dem Vollzug der Schifffahrtsgesetzgebung zu bezahlen sind, nach der Gebührenverordnung des Landrats (heutige Bezeichnung: Gebührenverordnung; RB 3.2512) und nach deren Ausführungsbestimmungen.

Diese Formulierung ist jedoch nicht mehr zeitgemäss und es soll eine modernere Formulierung gewählt werden.

Artikel 23 Entzug

Änderung der Artikelüberschrift, die neu mit "Entzug" anstelle von "Sicherstellung" betitelt wird; Änderung des Begriffs "Schiffskontrolle" durch "Das für den Schiffsverkehr zuständige Amt" sowie Änderung von "Kontrollschilder" durch "Kennzeichen".

Artikel 25 Absatz 1

Änderung des Begriffs "Schiffsinspektorat" durch "für den Schiffsverkehr zuständige Amt" sowie Streichung der Erwähnung, dass gegen Verfügungen der Gemeinden ein Rechtsmittel ergriffen werden kann, die sie gestützt auf diese Vollziehungsverordnung erlassen. Mit der

Änderung des Artikels 6 "Seerettungsdienst", welche die Gemeinden entlastet, erlassen diese keine derartigen Verfügungen mehr.

F. Antrag

Die Änderung der kantonalen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt, wie sie im Anhang enthalten ist, wird beschlossen.

Anhang

- Änderung der kantonalen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (RB 50.2111)

KANTONALE VOLLZIEHUNGSVERORDNUNG
zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt
(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die kantonale Vollziehungsverordnung vom 11. November 1981 zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt¹ wird wie folgt geändert:

Ingress

Der Landrat des Kantons Uri,

gestützt auf Artikel 58 des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt (BSG)², auf die Verordnung des Bundesrats vom 8. November 1978 über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (BSV)³ und auf Artikel 90 Absatz 2 der Kantonsverfassung⁴,

beschliesst:

Artikel 2 Schiffbare Gewässer

¹ Grundsätzlich dürfen auf allen Gewässern Schiffe eingesetzt werden.

² Kennzeichnungspflichtige Schiffe dürfen nur auf dem ernerischen Teil des Vierwaldstättersees (Unersee), Ruderschiffe zusätzlich auf dem Seelisbergersee, eingesetzt werden. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über die Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee⁵.

³ Die zuständige Direktion⁶ kann im Einzelfall erlauben, dass kennzeichnungspflichtige Schiffe auch auf anderen Gewässern eingesetzt werden. Ebenso kann sie die Schifffahrt nicht kennzeichnungspflichtiger Schiffe örtlich beschränken oder für bestimmte Gewässer untersagen. Sie kann ihre Verfügungen mit Bedingungen und Auflagen verbinden.

¹ RB 50.2111

² SR 747.201

³ SR 747.201.1

⁴ RB 1.1101

⁵ RB 50.2211

⁶ Sicherheitsdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

Artikel 3 Absatz 2 Ziffer 7

² Er ist ermächtigt:

7. Startgassen und Wasserflächen für das Wakesurfen sowie das Fahren mit Wasserski oder ähnlichen Geräten zu bewilligen (Art. 54 Abs. 2 BSV).

Artikel 4 Absatz 2

² Ihr steht es zu:

1. den Schiffs- und den Schiffsführerausweis zu verweigern und zu entziehen (Art. 19 und 20, 20a, 20b, 20c und 21 BSG),
2. zu bestimmen, wo welche Schifffahrtszeichen angebracht oder entfernt werden (Art. 36 BSV),
3. den Kreis der schiffbaren Gewässer gemäss Artikel 2 Absatz 3 zu erweitern oder einzuengen.

Artikel 5 Zuständiges Amt

¹ Soweit weder das Bundesrecht noch das kantonale Recht ein anderes Organ für zuständig erklärt, vollzieht das für den Schiffsverkehr zuständige Amt⁷ die Vorschriften über die Schifffahrt.

² Es steht ihm insbesondere zu, die vom eidgenössischen und vom kantonalen Recht geforderten Bewilligungen und die möglichen Ausnahmbewilligungen zu erteilen, die notwendigen Anordnungen zu treffen sowie die Verkehrssteuern zu veranlagern und zu beziehen.

Artikel 6 Seerettungsdienst

¹ Die Kantonspolizei besorgt den Seerettungsdienst. Sie kann diese Aufgabe selbst erfüllen oder geeignete Organisationen damit beauftragen.

² Wer gewerbsmässig Schiffe vermietet, ist verpflichtet, beim Seerettungsdienst mitzuwirken (Art. 26 Abs. 2 BSG).

Artikel 7 Zahlenmässige Begrenzung

¹ Die Zahl der auf dem Urnersee zugelassenen kennzeichnungspflichtigen Schiffe ist begrenzt durch die Zahl der bewilligten Standplätze.

⁷ Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

² Für jedes kennzeichnungspflichtige Schiff ist ein bewilligter Standplatz nachzuweisen.

Artikel 8 Absatz 2

² Das für den Schiffsverkehr zuständige Amt⁸ bewilligt einen Standplatz, wenn keine höherrangigen öffentlichen Interessen entgegenstehen. Es kann die Bewilligung mit Bedingungen und Auflagen verbinden. Baupolizeiliche und andere Spezialbewilligungen bleiben vorbehalten.

Artikel 9 Schiffe ohne Standplatz

¹ Kennzeichnungspflichtige Schiffe, die im Urnersee über keinen Standplatz verfügen, dürfen dort nur mit einer zusätzlichen kantonalen Bewilligung verkehren (Art. 13 Abs. 3 BSG).

² Diese Bewilligung wird nur für kurzfristig eingesetzte Schiffe erteilt. Sie ist beim für den Schiffsverkehr zuständigen Amt⁹ einzuholen, bevor das Schiff gewässert wird.

³ Schiffe, die für den Vierwaldstättersee zugelassen sind, benötigen keine zusätzliche Bewilligung.

Artikel 10a Drachensegeln (neu)

¹ Das Fahren mit Drachensegelbrettern auf dem ernerischen Teil des Vierwaldstättersees ist nur gestattet:

- a) bei klarer Sicht in der Zeit von 08.00 Uhr bis 21.00 Uhr;
- b) in den Monaten Februar bis November;
- c) in der äusseren Uferzone (ab 150 m); und
- d) nördlich der Linie Schiltegg (Koordinaten 988025/196700) zum Gruonbach (Koordinaten 690150/196750) bis südlich der Linie im Bereich Rütli (Koordinaten 687875/202000) zur gegenüberliegenden Uferseite auf dem ernerischen Gebiet (Koordinaten 689460/202000).

² Die innere Uferzone (0 bis 150 m) darf nur zum Starten und Landen befahren werden, wobei der kürzeste Weg zu wählen ist.

³ Auf dem offenen Gewässer ist beim Fahren mit Drachensegelbrettern jederzeit ein Abstand von 200 m gegenüber Kursschiffen einzuhalten.

⁸ Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

⁹ Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

Artikel 12 Absatz 2 Ziffer 3

² Die Bewilligung wird erteilt, wenn der Inhaber:

3. den Nachweis einer genügenden Betriebshaftpflichtversicherung erbringt.

Artikel 19 Absatz 2

² Werden die Steuern nicht bis zum 31. Januar der laufenden Steuerperiode bezahlt, lässt das für den Schiffsverkehr zuständige Amt¹⁰ nach einer einmaligen Mahnung die Kennzeichen und den Schiffsausweis nach einer Frist von zehn Tagen auf Kosten des Steuerpflichtigen durch die Polizei einziehen. Die Strafverfolgung bleibt vorbehalten.

Artikel 22 Rechtsgrundlage

Die Gebühren, die im Zusammenhang mit dem Vollzug der Schifffahrtsgesetzgebung zu bezahlen sind, richten sich nach der Gebührenverordnung¹¹ und nach deren Ausführungsbestimmungen.

Artikel 23 Entzug

Das für den Schiffsverkehr zuständige Amt¹² kann den Schiffsausweis und die Kennzeichen verweigern oder zurückziehen, solange der Halter mit der Entrichtung von Verkehrssteuern und Gebühren im Rückstand ist.

Artikel 25 Absatz 1

¹ Verfügungen, die das für den Schiffsverkehr zuständige Amt¹³ erlässt und die mit dem Vollzug der Schifffahrtsgesetzgebung zusammenhängen, können mit Verwaltungsbeschwerde bei der zuständigen Direktion¹⁴ angefochten werden. Deren Entscheid unterliegt der Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Obergericht, soweit kein Unzulässigkeitsgrund vorliegt.

¹⁰ Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

¹¹ RB 3.2512

¹² Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

¹³ Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

¹⁴ Sicherheitsdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

II.

Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum. Sie tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Im Namen des Landrats

Der Präsident: Christian Arnold

Die Ratssekretärin: Kristin Arnold Thalmann